Maßnahmenkatalog der Kreislaufwirtschaftsdelegation für BM Mag. Norbert Totschnig, M.Sc. / 26. September 2025

initiiert und koordiniert von Ing. Reinhard Backhausen, B.Sc.

(Vizepräsident des Österr. Gewerbevereins, ÖGV, gegr. 1839, Experte für „cradle to cradle")

Die wichtigsten Handlungsfelder

Alle Bereiche

Regierungsprogramm: **„Kreislaufwirtschaftsstrategie weiterentwickeln mit einem konkreten Umsetzungsplan mit klaren Maßnahmen, Monitoring und geeigneter Governance mit interministerieller Kooperation"**

- Verbindliche Kreislaufwirtschafts-Ziele in Gesetzesform festlegen, z.B. Klimagesetz

Erneuerbare Rohstoffe und Bio-Ökonomie

Regierungsprogramm: **„Die Verfügbarkeit von nachwachsenden Rohstoffen für die Bioökonomie ...wird sichergestellt"**

„**Die stoffliche Nutzung von Holz** (inkl. Wiederverwendung, Aufbereitung und stofflicher Verwertung) ist zu forcieren und bis zum Ende der Legislaturperiode zu stärken."

Nächste Schritte:

- Beauftragung einer Analyse der derzeitigen Situation in Österreich und der EU und der Handlungsmöglichkeiten
- Entwicklung eines Aktionsplans in einer Arbeitsgruppe mit relevanten Stakeholdern (Politik, Verwaltung, Wirtschaft)

Auf- und Ausbau des Sekundär-Rohstoffmarktes

Regierungsprogramm: **„Entwicklung eines wettbewerbsfähigen Sekundär-Rohstoffmarktes;** Beseitigung regulatorischer Hemmnisse, das Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) wird .. evaluiert und gegebenenfalls angepasst"

- Erweiterte Produzentenverantwortung (EPR) mit Ökomodulation ausbauen
- Beseitigung von legistischen Barrieren für Sekundärmaterialnutzung
- Abfallende-Definitionen, um hochwertige Recyclingprodukte zu ermöglichen
- Zulassungsverfahren beschleunigen
- Grenzüberschreitenden Transport vereinfachen

Nächste Schritte:

- Einsetzen einer Arbeitsgruppe mit relevanten Stakeholdern (Politik, Verwaltung, Wirtschaft), die entsprechenden Arbeitsplan entwickelt
- Beauftragung der Umsetzung in den zuständigen Verwaltungseinheiten und Institutionen

Bewusstseinsbildung, Information und Vernetzung von Unternehmen unterstützen

Regierungsprogramm: **„Österreich als Vorreiter für kreislaufwirtschaftliche Technologien und zirkuläre Produktionsprozesse“**

- Schaffung von Circular Business Hubs (Kreislaufwirtschaftszentren) national und regional mit bestehenden Organisationen; zentrale Anlauf-/Wissensstellen
- Bewusstseinskampagne für die Leitungsebene
- Niederschwellige Informations- und Fortbildungsangebote für Unternehmen
- Beratung und Vernetzung österreichischen Betriebe, insbesondere KMUs, am Weg zur Kreislaufwirtschaft,
- Austauschplattformen etablieren

Nächste Schritte:

- Bestandsaufnahme des derzeitigen „Ökosystems“ (wer macht was)
- Start einer Informationskampagne „Österreichs Wirtschaft wird zirkulär“
- Beratungsförderung etwa mit FFG-Beratungsscheck für KMU prüfen

Forcierung des Reparatur- und Recyclingsektors

Regierungsprogramm: **„Die Förderung von Reparaturdienstleistungen ..wird evaluiert und gegebenenfalls angepasst. Weiterführung des Reparaturbonus. Förderung von sozial-ökonomischen Betrieben“**

Nächste Schritte:

- Beauftragung der Evaluierung der Förderung von Reparaturdienstleistungen und des Reparatursektors in Österreich
- Rasche Wiedereinführung des Reparaturbonus
- Umsatzsteuersenkung auf Reparaturdienstleistungen prüfen
- Direktförderungen für Reparatur- und Recyclingbetrieben prüfen
- Entwicklung eines Aktionsplans zum Ausbau des Reparatursektors mit Ländern und Gemeinden

Zirkuläres Bauen forcieren

Regierungsprogramm: **„Die Bundesregierung setzt zielgerichtete Initiativen, damit die heimische Bauwirtschaft Vorreiter bei den Gebäuden der Zukunft (Circular Buildings) wird.**

Förderung von Investitionen

- Unterstützung von Unternehmen, insbesondere regionaler Standorte, um zirkuläre Innovationen und Produktionsprozesse voranzutreiben.

Nächste Schritte:

- Bestandsaufnahme der derzeitigen Förderlandschaft
- Fördervolumen im Rahmen der Umweltförderung Inland ausbauen

Öffentliche Beschaffung als Vorbild:

Die öffentliche Hand sollte eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie zirkuläre Produkte bevorzugt und dadurch Anreize für nachhaltige Innovationen schafft.

Nächste Schritte:

- Weiterer Ausbau der naBe-Kriterien
- Verbindliche Vorgaben zur Anwendung für die öffentlichen Dienststellen

Aktive Mitgestaltung auf EU-Ebenen

Regierungsprogramm: vielfach genannt

DI Herbert Schlossnikl / Geschäftsführer VÖSLAUER:

Recyclingmaterial ist zu teuer – hier braucht es passende Rahmenbedingungen

Zulassungsverfahren dauern sehr lange (der PE-Verschluss kann deshalb noch immer nicht mit Recyclingmaterial produziert werden)

PPWR – die Überverpackung ist lt. VO auch künftig zulässig, der Interpretationsspielraum darf nicht zu einem Verbot der Überverpackung führen

Mag. Daniela Knieling / Geschäftsführerin respACT:

Verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen & Anreizsysteme

Rechtssicherheit für Unternehmen durch frühzeitige und klare Umsetzung europäischer Vorgaben auf nationaler Ebene (z. B. ESPR, CEAP II), steuerliche Anreize für zirkuläre Geschäftsmodelle, Förderungen für Innovation

Förderung von Kreislauf-Innovationen & unternehmensübergreifender Zusammenarbeit

Unterstützung von Clusterbildung und Innovationsnetzwerken zwischen Unternehmen, Wissenschaft und öffentlicher Hand, Plattformen für Kooperation entlang der Wertschöpfungskette

Pflicht zur nachhaltigen Produktgestaltung & Transparenz entlang des Lebenszyklus

Design-for-Circularity: Produkte müssen von Anfang an auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Wiederverwertbarkeit ausgelegt sein, Kennzeichnungspflichten, digitale Produktpässe

MMag. Josef Scheidl / VOEB-Vorstandsmitglied, Geschäftsführer BRANTNER GREEN SOLUTIONS

Wenn wir die Ziele der Kreislaufwirtschaft erreichen wollen – mehr Wiederverwertung, weniger Abhängigkeit von Primärrohstoffen, echte Rohstoffsicherung – dann müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen endlich mit der Realität der Praxis Schritt halten.

Gemeinsam mit dem Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) haben wir konkrete Handlungsempfehlungen zur **Vereinfachung des Abfallwirtschaftsgesetzes (AWG)** vorgelegt – darunter:

- eine klare Definition und Vereinfachung des Abfallendes, um Sekundärrohstoffe konkurrenzfähig zu machen
- die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren durch weniger Bürokratie und gezielte Sachverständigenregelungen
- eine Entlastung bei Berichtspflichten und der Abfallbilanz
- praktikable Lösungen für den Abfalltransport per Bahn
- die Abschaffung von ineffizienten Doppelprüfungen

Sekundärrohstoffe aus Abfällen nutzen:

Wir brauchen eine gezielte politische Förderung zur Nutzung von Abfällen als Rohstoffquelle, um die Abhängigkeit von Primärrohstoffen zu verringern und die Kreislaufwirtschaft nachhaltig zu stärken.

Administrative Erleichterungen und Verlängerungen beim grenzüberschreitenden Abfallverkehr:

Damit Recycling in Europa funktioniert, müssen EU und Mitgliedsstaaten den grenzüberschreitenden Abfalltransport dringend entbürokratisieren und rechtlich langfristig absichern.

CO_2-Anrechnung von Recyclingaktivitäten:

Die Co2 Einsparungen durch Recycling müssen endlich in Klimabilanzen anerkannt werden – dafür braucht es klare und verbindliche politische Rahmenbedingungen.

Produkte aus Abfällen trotz komplexer Abfallende-Regelung in Österreich herstellen:

Österreich braucht eine praxistaugliche und investitionsfreundliche Abfallende-Regelung, um hochwertige Recyclingprodukte zu ermöglichen und die Branche zukunftsfähig zu halten.

Rohstoffknappheit in Österreich kann durch Sekundärrohstoffe aus Abfall signifikante reduziert werden – 10-15 Mio. Tonnen. Dazu sind einige gesetzliche Änderungen erforderlich.

- Sekundärrohstoffe aus Abfällen
- CO2 Anrechnung von Recycling
- Administrative Erleichterungen und Verlängerungen bei grenzüberschreitendem Verkehr
- Trotz schwieriger Abfallende Definition in Österreich, Produkte aus Abfällen herstellen
- Nachteile gegenüber Europa

Alexander Boubal / Leiter Nachhaltigkeit SIMACEK:

1. Planungssicherheit durch klare und „anhaltende“ Rechtsgrundlage für die nachhaltige Berichterstattung
2. Nachhaltigkeitsanreize – Nachhaltigkeit soll sich auch lohnen (z.B. Verankerung bei Ausschreibungen)

Dr. Susanne Reininger / Public affairs OMV

Eine umfassende Umsetzung von Kreislaufwirtschaft in der Chemie setzt die **vollständige Anerkennung und umfangreiche Unterstützung aller Recyclingtechnologien** voraus.

Chemisches Recycling kann als Ergänzung zu mechanischen Recyclingaktivitäten eine bestehende Lücke in der Kreislaufwirtschaft zu schließen.

Österreich setzt sich bei der EU-Gesetzgebung für **kreislaufwirtschaftsfreundliche und bürokratiearme Regelungen** ein, u.a. für die Notwendigkeit eines **flexiblen und einfachen Massebilanzansatzes.**

DI Manfred Mühlberger / Vorstandsvorsitzender ECOPRENEUR.EU:

„Neuer Anlauf für ein Klimagesetz, dass auch die Kreislaufwirtschaft adressiert“.

1. **UMSETZUNGSPLAN für die Kreislaufwirtschaftsstrategie erstellen** inklusive klarer Maßnahmen, Monitoring und geeigneter Governance mit interministerieller Kooperation (es braucht u.a. unbedingt operatives Budget für die CE Taskforce)
2. **CIRCULAR BUSINESS HUBS: Information, Aus- und Weiterbildungsangebote, Beratung und Vernetzung** österreichischen Betriebe, insbesondere KMUs, am Weg zur Kreislaufwirtschaft, mit einem regionale Netzwerk an Kreislaufwirtschaftszentren, unter Nutzung bestehender Institutionen/Organisationen. Eine zentrale Steuerungseinheit.
3. **EPR System mit Ökomodulation für Textilien** entwickeln und insgesamt als zentrales Instrument in der Kreislaufwirtschaft etablieren – Grundlagenstudie durchführen
4. Forcierter **Ausbau des Sekundär-Rohstoffmarktes** reduziert die Abhängigkeiten von Rohstoffimporten und vulnerablen Lieferketten. Beispiele: Aufbau und Betreuung einer Datenbank von Wertstoff-Anbietern und Wertstoff- Nachfragern, Förderungen von Primär-Rohstoffen, Evaluierung rechtlicher Hürden zur grenzüberschreitenden Verbringung von Wertstoffen, Abfall Nummern auf Wertstoffe prüfen
5. **Start für „Central European Circular Region“:** Österreich als Vorreiter für kreislaufwirtschaftliche Technologien und zirkuläre Produktionsprozesse und als Kernland einer „Central European Circular Region“ mit unseren Nachbarn zur systematischen und strategischen Marktentwicklung für heimische zirkuläre Produkte und Dienstleistungen.

Doz. DI Dr. Andreas Bartl / Senior Scientist, Institute of Chemical and Mechanical Process Engineering / Fiber Technology, TU WIEN

Mehr Mittel für Forschung & Entwicklung

Ja, es gibt Förderschienen – das ist ein Anfang. Aber wenn wir’s ernst meinen mit der Kreislaufwirtschaft, dann braucht’s deutlich mehr finanzielle Unterstützung für F&E-Projekte.

Praxisorientierte Umsetzung fördern

Viele spannende Forschungsergebnisse verschwinden in der Schublade, weil der Sprung in die industrielle Praxis nicht gelingt. Wir brauchen gezielte Programme, die Unternehmen bei der Umsetzung unterstützen – sonst bleibt die Kreislaufwirtschaft ein akademisches Konzept.

Klares politisches Bekenntnis und mutige, wirksame Gesetze

Der „Green Deal“ darf nicht zur kosmetischen Maßnahme verkommen. Es braucht ein echtes Commitment von Bund und Ländern – samt Gesetzen, die nicht nur an der Oberfläche kratzen, sondern mutige, spürbare Einschnitte bringen. Halbherzigkeit bringt uns nicht weiter – wer Kreislaufwirtschaft wirklich will, muss auch unbequeme Entscheidungen treffen und Rahmenbedingungen schaffen, die Wirkung zeigen.

Mag. Dr. Gabriela Straka / Chefredakteurin MANZ-VERLAG:

Für mich stellt sich die wichtigste Frage, wie wir in Österreich es schaffen können, die steuerlichen und finanziellen Anreize zu setzen. Wir brauchen Anreize für die Unternehmen, damit die Produkte zurückgenommen und repariert werden können - das würde auch die Umsetzung der Ökodesign VO fördern. Auch die MwSt. auf reparierte, wiederverwendete und recycelte Produkte muss signifikant reduziert werden sonst kauft das keiner.

Primärrohstoffe und solche, die schädlich sind bzw. auch nicht ersetzbar sind, sollen mit fairen Abgaben teurer werden. Auch das ist ein Anreiz. Ähnlich wie bei der CO2 Besteuerung bei den anfallenden CO2 Emissionen. Die Unternehmen brauchen nicht nur Rechtssicherheit, sondern auch Kostenwahrheit. Man könnte sich auch überlegen, den digitalen Produktpass auszuweiten, und mehr als nur Inhaltsstoffe, Herkunft und Recyclingfähigkeit anzuführen.

Unternehmen, die eine lokale Reparatur anbieten oder Sharing Modelle, Second Hand oder Gebrauchtwarenmärkte sowie Unternehmen, die in ihrem Kerngeschäft recyclen z.B. Magdas Recycling Gmbh für Smartphones und Elektronik, sollen staatlich unterstützt werden. Denn es ist Fakt, dass die Personalkosten bei uns immer noch so hoch sind, dass die Ware in Österreich nur demontiert wird und ins Ausland zu den Börsen geschickt wird, wo auch Reparaturen erfolgen, z.B. Smartphone Börse in Hongkong.

Letztendlich wünsche ich mir die Stärkung unserer heimischen Kreisläufe und nicht die Auslagerung von Teilen, weil wir hier die Kosten nicht stemmen können.

Dr. Mathias Nell / Head of Sustainability SALESIANER MIETTEX:

1. Aufbau eigener, wettbewerbsfähiger Recycling-Kapazitäten, um die Rohstoffe geographisch, rechtlich und wirtschaftlich nahe an der Abfallentstehung zu verwerten.
2. Matching von Angebot und Nachfrage bei Abfallströmen, sowie Förderung von entsprechenden intra- und supra-sektoralen Kooperationen, um so Recycling zu skalieren.
3. Positive Incentivierung von echten Kreislaufmodellen und -unternehmen, z.B. Ökomodulation.

Florian Thalheimer / Country Sustainability Manager IKEA-AUSTRIA:

1. Beseitigung von regulatorischen Hindernissen bzw. aktive regulatorische Förderung von Kreislaufkonzepten/-projekten
2. Knowhow-Hub als eine Art zentrale Anlauf-/Wissensstelle für alle Themen (Rechtliches, Förderungen, Vermittlung von Partnern, etc.)
3. Verbindliche Ziele in Gesetzesform

Ing. Peter Giffinger / CEO Austria SAINT GOBAIN, Präsident respACT)

1. **Rechtliche Planungssicherheit**: Verlässliche Rahmenbedingungen für die Förderung von Sekundärrohstoffen und die Vermeidung von Marktverzerrungen.
2. **Förderung von Investitionen**: Unterstützung von Unternehmen, insbesondere regionaler Standorte, um zirkuläre Innovationen und Produktionsprozesse voranzutreiben.
3. **Öffentliche Beschaffung als Vorbild**: Die öffentliche Hand sollte eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie zirkuläre Produkte bevorzugt und dadurch Anreize für nachhaltige Innovationen schafft.
4. Bei Themen wie dem **digitalen Produktpas**s möchte ich darauf hinweisen, dass es wichtig ist, hier den administrativen Aufwand im Auge zu behalten. Eine überbordende Komplexität sollte vermieden werden – stattdessen sollte der Fokus auf einfache und zielgerichtete Lösungen gelegt werden, die den Unternehmen die Umsetzung erleichtern.

Mag. Oliver Kiefer / Head of Sustainability RED BULL:

1. Wachstum bremsende regulatorische Hemmnisse (EU) abbauen oder weiterentwickeln – die Wirtschaft muss sich auf die Umsetzung einer wirklichen Kreislaufwirtschaft fokussieren können und nicht auf Reporting
2. Recycling-Materialien sind keine Abfälle, sondern kritische Rohstoffe, die in möglichst geschlossenen Kreisläufen gehalten werden müssen – Im Sinne der Resilienz brauchen wir eine weiterentwickelte Kreislaufwirtschaftsstrategie
3. Technologie- und Systemoffenheit müssen als Leitprinzipien in allen Kreislaufwirtschaftsthemen gelten – Innovation in verschiedenen Systemen fördern um international attraktiv und führend in diesem Feld zu bleiben

DI Michael Waupotitsch / Vice President Textile Recycling ANDRITZ:

Recycling-Einsatzquoten

darüber wird man diskutieren müssen. Nur verbindliche (oder „geförderte“) Einsatzquoten werden in manchen Bereichen wirklich Zirkularität pushen (Textil sehe ich als einen solchen). Ein schwieriges Thema, das Österreich klarerweise nicht alleine lösen kann, aber man kann dafür eintreten. Passt zum Punkt „Aktive Mitgestaltung auf EU-Ebenen“.

Export-Verbote oder zumindest -Einschränkungen für Abfall.

ähnlich wie oben. Solange wir uns „anlügen“ und Abfall nach Afrika „verkaufen“ („Aus den Augen - aus dem Sinn“) wird das ein großer Hemmschuh sein für die Kreislaufwirtschaft.

Valerie Schönberg, M.Sc. / Vorstand CIRCULAR ECONOMY FORUM AUSTRIA:

1. **Strategische Verankerung & internationale Vorreiterrolle:** Österreich als globales Zentrum für kreislaufördernde Technologien etablieren, EU-Politik aktiv mitgestalten und eine nationale Roadmap umsetzen.
2. **Regulatorische Reformen & finanzielle Anreize:** Gesetze und Normen modernisieren, steuerliche Lenkungsmaßnahmen einführen, Förderungen sowie öffentliche Beschaffung gezielt auf zirkuläre Geschäftsmodelle ausrichten.
3. **Innovation, Bildung & gesellschaftlicher Wandel:** Forschung, Digitalisierung und Sekundärrohstoffmärkte stärken, Reparaturinitiativen fördern sowie Zirkularität in allen Bildungsbereichen und der Gesellschaft verankern

Generell: Österreich soll sich als internationaler Vorreiter der Kreislaufwirtschaft positionieren und eine klare nationale Strategie mit EU-Integration verfolgen. So können Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und neue Arbeitsplätze nachhaltig gesichert werden.

Mag. Philipp Bodzenta / Director Public Affairs COCA COLA:

1. aktuell Situation in der Getränkewirtschaft ist (auch international) vorbildlich: Pfandsystem / Mehrweg (eventuell längerfristige Vereinfachungen)
2. lernende Systeme sollten hier daher für Verbesserungen behutsam vorgehen.
3. Gesetzgebung soll sich immer in Einklang mit fundierter Wissenschaft und pragmatischen Realismus bewegen.

Mag. Thomas Glatz / Geschäftsführer INTERZERO:

„Wir sehen uns bei Interzero als aktiven Partner der Politik und Industrie, um die Kreislaufwirtschaft von der Vision zur Realität zu machen – technologisch führend, wirtschaftlich tragfähig und ökologisch notwendig.“

1. Kreislaufwirtschaft als wirtschaftliche Chance statt finanzielle Belastung durch Zusatzkosten

Kernbotschaft: Kreislaufwirtschaft ist nicht Kostenfaktor, sondern Wettbewerbs- und Standortsicherung.

Problem: Unternehmen sehen Recycling- und Kreislaufprojekte noch zu oft als wirtschaftliche Belastung. Eine Incentivierung durch Politik erfolgt in zu geringem Maße.

Vorschlag:

- Materialkreisläufe als Rohstoffquelle begreifen – stabile Preise, Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit von Importen.
- Kostenstabilität statt Kostendruck: Durch höhere Rezyklatnutzung und Wiederverwendung sinkt die Abhängigkeit von Rohstoffpreisschwankungen.
- Interzero kann als Dienstleister helfen, den Business Case sichtbar zu machen (CO_2-Einsparungen, Kostenersparnis über Lebenszyklen, ...)
- Incentivierung durch einfache und günstige Finanzierung, Zuschüsse bei Erreichung entsprechender Einsparungen, staatliche Beteiligung an größeren Projekten

2. Partnerschaft mit der Politik zur Erreichung nationaler und europäischer Klimaziele

Kernbotschaft: Die Kreislaufwirtschaft ist ein zentraler Hebel zur Erreichung der Klimaziele (u. a. durch CO_2-Einsparung, Ressourcenschonung).

Vorschlag:

- Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei Pilotprojekten, Modellregionen oder Innovationsförderung.
- Unterstützung bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben (z. B. PPWR, Mindestquoten, erweiterte Herstellerverantwortung).
- Bereitstellung von belastbaren Daten und Erkenntnissen aus der Praxis.

3. Innovation, Digitalisierung und Transparenz als Enabler der Kreislaufwirtschaft

Kernbotschaft: Die Kreislaufwirtschaft braucht neue Denkweisen – datenbasiert, transparent und digital vernetzt.

Vorschlag:

- Interzero hat mit dem „Materialkonto“ einen digitalen Zwilling geschaffen, um in Verkehr gesetzte Stoffströme transparent nachzuverfolgen, zu verwerten und Zugriff auf die recycelten Sekundärrohstoffe zu ermöglichen
- Nutzung von KI in Sortierung, Qualitätskontrolle und Prozessoptimierung (speziell im Hinblick auf Textilrecycling)
- Stärkung von Transparenz und Vertrauen durch geprüfte Recyclate (Rezepturen) und Qualitätszertifikate.

Univ. Prof. Dr. Martin Kreeb / Rektor der Charlotte Fresenius Privatuniversität für Nachhaltigkeit Wien:

1. Verbindliche Ökodesign- und Produktanforderungen

- Einführung der **EU-Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte (ESPR)** auf nationaler Ebene.
- Produkte müssen zukünftig **reparierbar, langlebig, recyclingfähig** sein – inkl. digitalem Produktpass.
- Österreich wird hier nationale Durchführungsverordnungen erlassen, die **alle Branchen** betreffen (von Bau über Textilien bis Elektronik).

2. Erweiterte Produzentenverantwortung für mehr Produktgruppen

- Heute gilt das nur für Verpackung, Elektrogeräte, Batterien.
- Zukünftig Ausweitung auf **Textilien, Möbel, Bauprodukte, Kunststoffanwendungen**.
- Unternehmen müssen sich dann verpflichtend an Rücknahme-, Wiederverwendungs- und Recycling-Systemen beteiligen.
- Das verschiebt die Verantwortung **weg vom Konsumenten hin zum Hersteller** und zwingt zu kreislauforientierten Geschäftsmodellen.

3. Verbindliche Berichts- und Transparenzpflichten (CSRD & Taxonomie)

- Mit der EU-**Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)** und der EU-Taxonomie werden auch in Österreich **alle größeren Unternehmen** verpflichtet, detailliert über **Ressourceneffizienz, Recyclingquoten, CO_2- und Materialkreisläufe** zu berichten.
- Diese Berichtspflichten werden über nationale Gesetze in Österreich implementiert.
- Sie schaffen **Marktdruck**, weil Investoren, Banken und öffentliche Auftraggeber nur noch nachhaltige Geschäftsmodelle akzeptieren.

Die drei wichtigsten zukünftigen Maßnahmen in der österreichischen Gesetzgebung sind

1. **Ökodesign-Anforderungen für alle Produkte**,
2. **Ausweitung der Produzentenverantwortung auf neue Branchen**,
3. **verpflichtende Nachhaltigkeits- und Kreislaufwirtschaftsberichte**.

Diese drei Hebel führen dazu, dass Kreislaufwirtschaft von einem „Nice-to-have“ zu einer **rechtlichen Mindestanforderung für alle Unternehmen** wird.

Florian Iro, Geschäftsführer Werner & Mertz, Erdal, Frosch

- Verbindliche Rahmenbedingungen für Rezyklat Einsatz (Mindesteinsatz?)
- Hebel öffentlicher Beschaffung für Kreislaufwirtschaft
- Reparaturbonus wiederbeleben

Prok. Gregor Glatz / Geschäftsführer SIEMENS NÖ

1. Regulatorischer Rahmen & Anreize

„Welche konkreten politischen Maßnahmen oder Förderinstrumente plant das Ministerium, um die Implementierung kreislauffähiger Materialien und Gebäudetechnologien in Neubau und Sanierung zu fördern?“

2. Zusammenarbeit zwischen Industrie & Politik

„Wie können Unternehmen wie Siemens, die digitale Lösungen und Gebäudetechnik bereitstellen, stärker in strategische Initiativen zur Kreislaufwirtschaft eingebunden werden, um Synergien zwischen Energieeffizienz, Ressourcenschonung und nachhaltiger Bauweise zu nutzen?“

3. Rolle von Digitalisierung & Daten

„Welche Rolle sieht das Ministerium für digitale Gebäudedaten, z. B. Materialpässe oder digitale Zwillinge, im Hinblick auf die Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft im Bauwesen und welche Standards sollen dabei unterstützt werden?“

Robert Nagele / Vorstand Immobilien und Nachhaltigkeit BILLA-AG

1. **Mehrwegquoten (§ 14b AWG)**: Es geht um das Thema Entbürokratisierung der Mehrwegquoten für Getränkeverpackungen in Österreich. Entfall der österreichischen „Goldplating“ Quoten.
2. **Meldepflichten für Lebensmittelspenden und -abfälle (§11a AWG):** Es gibt ein Rechtsgutachten im Auftrag der WKÖ vom Februar 2024, das zum Schluss kommt, dass die Veröffentlichung von Unternehmensnamen durch das Umweltministerium gemeinsam mit den von den Unternehmen gemeldeten Spenden- und Abfallmassen das Grundrecht der Unternehmen auf Datenschutz (§ 1 DSG iVm Art 8 EMRK) verletzt. Die Erstellung eines Berichtes, der nur aggregierte Daten enthält, stellt demnach die einzige gesetzeskonforme Vorgangsweise gemäß § 11a AWG 2002 dar. Aus Gründen der Rechtssicherheit sprechen wir uns für eine explizite gesetzliche Anpassung von § 11a AWG aus, die regelt, dass der Bericht ausschließlich aggregierte Branchendaten zu umfassen hat.
3. **Anpassung Artikel 25 PPWR – Verbot von Verpackungen für Obst und Gemüse**: Anpassung des Verbots: Das Verbot von Plastikverpackungen für Obst und Gemüse in Verpackungen unter 1,5 kg muss sinnvoll ausgelegt werden, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. Insbesondere für Produkte wie Kräuter, Beeren und stark wasserhaltiges Gemüse, die ohne geeignete Verpackung einem erhöhten Verderbrisiko ausgesetzt sind, müssen Ausnahmen zugelassen werden. Die Notwendigkeit von Hygienestandards soll dabei durch Vorschriften zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen ergänzt werden. Die Anforderungen an die Nachweisführung müssen klar definiert werden.

DI Dieter Drexel / stv. Bereichsleiter Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie INDUSTRIELLENVEREINIGUNG ÖSTERREICH

Mein zentraler Punkt ist folgender – und ist zugegebenermaßen von einer zunehmend schwierigen wirtschaftlichen Gesamtsituation abgeleitet.

Denke auch, dass das etwas ist, was im Kreise der Unterstützer der Kreislaufwirtschaft mehr diskutiert werden sollte.

Kreislaufwirtschaft sollte immer auch eine umfassende ökonomische Komponente (Gesamtaufwand der Gesellschaft) mitdenken – was leider immer weniger passiert, wenn Kreislaufwirtschaft zum Selbstzweck wird.

D.h. weniger Regulierung, weniger Subventionierung und mehr Innovation und mehr Markt

Beispiel Getränkepfand: hohe Subventionen für Sammlung und Aufbereitung, unzählige Arbeitsstunden von Bürgerinnen und Bürgern, ökologischer Nutzen fraglich – alles um eine singuläre Quote zu erreichen

Beispiel Verbot von Kunststofftragetaschen, Plastikstrohhalme etc.: Eingriffe in Markt und Lebensrealität der Menschen (Verbote sind sehr starke regulatorische Maßnahmen) mit fragwürdigem ökologischem Nutzen.

Ing. Mag. Rainer Will / Geschäftsführer HANDESVERBAND:

Fernostplattform-Problematik: Solange Temu und die Ultra-Fast-Fashion-Plattform Shein ganz Europa mit ihren Luftfracht-Billigst-Paketen mit einer Mülllawine überziehen, sind alle Kreislaufwirtschaftsaktivtäten heimischer Händler reine Makulatur. Wir brauchen ein Level Playing Field und eine Plattformhaftung für diese Akteure.

EPR: Mit dem geplanten EU-weiten System der Erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) für Textilien, Bekleidung und Schuh kommt eine weitere regulatorische Lawine auf den europäischen Handel und seine Kunden zu. Konkret soll die Verantwortung der Hersteller, Importeure oder Händler von Textilien, Bekleidung und Schuhen auf den gesamten Lebenszyklus der Produkte ausgeweitet werden, einschließlich Entsorgung und Recycling. Viele der geplanten Änderungen der EU-Abfallrahmenrichtlinie sind noch unausgegoren, erneut droht eine Schlechterstellung europäischer Unternehmen gegenüber der Konkurrenz aus Drittstaaten. Bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht muss unbedingt auf "Gold-Plating" verzichtet werden.

Bürokratie-Lawine: Die neue EU-Kommission ist eigentlich mit dem Motto "Europe First" angetreten und hat massive bürokratische Entlastungen angekündigt, ebenso die Bundesregierung. Jetzt scheint allerdings das Gegenteil zu passieren: Neue Regulative wie die **EU-Verpackungsverordnung (PPWR)**, die **EU-Entwaldungsverordnung** oder die **EU-Gebäuderichtline** würden die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer bzw. europäischer Händler gegenüber der Konkurrenz aus Fernost und Übersee deutlich schwächen. Zusätzliche Kosten und zusätzliche bürokratische Aufwände sind in der aktuellen Krisenzeit der falsche Weg, davor warnen wir in aller Deutlichkeit.